

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 22.11.2018	Beginn 17:00 Uhr	Ende Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner
Philipp, Gerd
Schier, Klaus Peter
Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Müller, Michael
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Zeilert, Hans-Jürgen
Schwunk, Michael
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Feldmann, Jürgen
Stutzenberger, Olaf
Bockelmann, Christian Dr.

Vertretung für Herrn Hans-Otto Lusebrink
Vertretung für Herrn Philipp J. Beckmann

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Jansen, Matthias
Mollenkott, Marion
Peters, Hildegard
Rath, Christiane
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas
Tolksdorf, Andreas

Schriftführer/in

Liebscher, Sybille

Abwesend:

Mitglieder

Lusebrink, Hans-Otto

Beckmann, Philipp J.

Burbulla, Johanna

vertreten durch Herrn Hans - Jürgen Zeilert

vertreten durch Herrn Michael Schwunk

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|---|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Niederschrift zur Sitzung vom 13.09.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung - | |
| 4 | Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung | |
| 5 | Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates | |
| 6 | Mitteilungen | |
| 7 | Zentralisierung | |
| 8 | Personalwirtschaftskonzept - Stellungnahme des Personalrates | 122/2018/1 |
| 9 | Stellenplan 2019 - Stellungnahme des Personalrates | 132/2018/2 |
| 10 | 1. Änderung des Stellenplans 2019 | 132/2018/3 |
| 11 | Brandschutzbedarfsplan | 198/2018 |
| 12 | Bebauungsplan Nr. 105 "Gewerbegebiet Milsper Straße" - Fraktionsantrag der FDP vom 22.02.2018 - | 015/2018/3 |
| 13 | Verbesserung der Sauberkeit und Stadtbildpflege in Schwelm
Antrag der Fraktionen vom 04.11.2018 | 202/2018 |
| 14 | Antrag der CDU-Fraktion "Optionale 'Gelbe Tonne' für Schwelm" vom 01.11.2018 | 208/2018 |
| 15 | Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2018 "Verleihung des 'Heimatpreises' durch die Stadt Schwelm" | 175/2018/1 |
| 16 | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Schwelm vom 25.10.2018 zur "Verleihung des 'Integrationspreises' Schwelm als Ergänzung zur Verleihung des | 194/2018 |

'Heimatpreises' Schwelm

17	Antrag der SWG/BfS-Fraktion "Zuschuss für den Trägerverein Schwelmebad e.V." vom 14.06.2018	131/2018
18	Antrag der FDP-Fraktion "Trägerverein" vom 28.10.2018	204/2018
19	Antrag der FDP-Fraktion "Bürgerbudget" vom 28.10.2018 (Eingang des Antrags: 04.11.2018)	205/2018
20	Aufstellung des Regionalplans Ruhr 1. Bericht über die relevanten Änderungen für die Stadt Schwelm zur Kenntnis 2. Beschluss über die Stellungnahme der Stadt Schwelm zur Vorlage beim RVR	182/2018
21	Zukunft des Gebäudes der ehem. Gustav-Heinemann-Schule	083/2018
22	Gebäude ehemalige Gustav-Heinemann-Schule	193/2018
23	Haushalt 2019	
24	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Bürgermeisterin Gabriele Grollmann begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Im Anschluss stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung unterbreitet sie folgende Vorschläge:

- Absetzung Tagesordnungspunkt A 7 – Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Wetter(Ruhr) zur Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle – Vorlage 129/2018, da die Angelegenheit nicht abschließend beratungsreif ist.
- Die nachgereichte Vorlage 132/2018/3 ersetzt die Vorlage 183/2018;
- Aufnahme TOP B 5.1. im nichtöffentlichen Teil mit der Vorlage 132/2018/4
- Eingliederung der Vorlage 191/2018/1 – Grundstücksangelegenheiten - zu Tagesordnungspunkt B 3 als Unterpunkt B 3.1 in die nichtöffentliche Tagesordnung.

Es folgt die Abstimmung über die vorgetragenen Änderungen der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 Niederschrift zur Sitzung vom 13.09.2018 - Kenntnisnahme und Feststellung -

Frau Grollmann teilt mit, dass die Niederschriften zu der Sitzungen vom 13.09.2018 allen Mitgliedern des Hauptausschusses rechtzeitig zugeleitet und Einwände gegen Sie nicht vorgetragen worden seien.

Sie schlägt vor, die Kenntnisnahme der Niederschriften und das Nichtvorliegen von Einwänden gegen sie festzustellen und entsprechend zu protokollieren.

Gegen diesen Vorschlag wird kein Widerspruch erhoben.

Die Niederschrift wurde zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass Einwände gegen sie nicht erhoben werden.

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

5 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

keine

6 Mitteilungen

Frau Grollmann teilt mit, dass die Stadt Schwelm einen neuen Datenschutzbeauftragten und dessen Stellvertretung bestellt habe. Dies sei notwendig gewesen, da der bis dato zuständige Mitarbeiter in den vorzeitigen Ruhestand getreten sei. Die Benennung sei ein laufendes Geschäft der Verwaltung nach § 72 Gemeindeordnung. Aufgrund der vielfältigen Änderungen durch die neue Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sei die Wahrnehmung der Aufgabe zukünftig nicht mehr neben anderen Tätigkeiten leistbar. Daher habe sich die Verwaltung zu einer interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravensburg/Lippe (krz) entschieden. Die dafür im Haushalt eingestellten Mittel in Höhe von 12.500 € benötige man nicht in voller Höhe, da sich noch mehr Kommunen dafür entschieden hätten das krz zu beauftragen und somit sich der Kostenbeitrag auf 10.000€ gesenkt habe.

Herr Schweinsberg informiert, dass die Petition bezüglich des Spielplatzes in der Hagener Straße durch die Petenten zurückgezogen worden sei. Somit ergebe sich kein weiterer Handlungsbedarf.

Frau Grollmann bittet die Fraktionen, den baldigen Wahlhelferaufruf aus ihren eigenen Reihen zu unterstützen und auch an andere Organisationen heranzutreten.

Zu dem Gebäude Gustav-Heinemann-Schule führt Frau Grollmann aus, dass es nicht zu den Aufgaben der Stadtverwaltung zähle, Objektschutz zu betreiben. Daher habe man ein Sicherheitsdienst beauftragt. Der Zustand habe sich seitdem deutlich verbessert und die Thematik sei in der seinerzeitigen Brisanz nicht mehr vorhanden.

Herr RÜth (Fachbereichsleitung Bürgerservice) teilt mit, dass die Gewerkschaft Verdi gegen die erlassene ordnungsbehördliche Verfügung zu dem verkaufsoffenen Sonntag am 22. März 2019 einen Eilantrag gestellt und Klage erhoben habe. Frau Weithe als Vorstandsvorsitzende der Werbegemeinschaft Schwelm e.V. (WGS) sei bereits informiert.

Herr Flüshoh äußert sein Unverständnis über das Vorgehen der Gewerkschaft.

Herr Feldmann befürwortet die Klage.

Am Ende des Tagesordnungspunktes weist Frau Grollmann auf die kürzlich erschiene Broschüre „Radwege NRW“ hin.

7 Zentralisierung

Frau Grollmann führt unter diesem Tagesordnungspunkt aus, dass der Pressetermin stattgefunden habe und der Vertrag mit dem Generalplaner unterzeichnet sei. Man habe sich zu einem ersten Arbeitstreffen am Montag, 19.11. 2018 getroffen. Sie werde rechtzeitig mitteilen, ob der vorsorglich geplante Termin Arbeitskreis Zentralisierung am 10. Dezember 2018 noch benötigt werde.

8 Personalwirtschaftskonzept - Stellungnahme des Personalrates 122/2018/1

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und fragt, ob es seitens des Hauptausschusses Fragen oder Anmerkungen gebe.

Herr Schwunk fühlt sich durch die Stellungnahme des Personalrates darin bestätigt, dass mit dem Weiterbildungskonzept der Verwaltung eine große Aufgabe bevorstehe. Dies könne seiner Meinung nach aber nur funktionieren, wenn alle Mitarbeiter*innen der Verwaltung mitgenommen werden. Er vermisse an dieser Stelle ein konkretes Weiterbildungskonzept im Personalwirtschaftskonzept (PWK), Stellenanteile im Stellenplan und den entsprechenden Ansatz von Haushaltsmitteln.

Frau Rath (Vorsitzende des Personalrates) antwortet, dass das Weiterbildungskonzept Bestandteil der kürzlich abgeschlossenen Dienstvereinbarung zum Datenmanagementsystem (DMS) sei.

Die Frage nach den entsprechenden Haushaltsmitteln beantwortet Frau Grollmann dahingehend, dass jeder Fachbereich über ein eigenes Budget für die Weiterbildung seiner Mitarbeiter*innen verfüge. Sollte sich dieses nicht als ausreichend erweisen, habe der Fachbereich die Möglichkeit, weitere Mittel zu beantragen.

Frau Heringhaus (Fachbereichsleitung Zentrale Services) ergänzt, dass Mittel auf der entsprechenden Haushaltsstelle veranschlagt seien. So seien alleine 10.000 € für die Weiterbildung Windows X eingestellt. Das Fortbildungskonzept werde zusammen mit der Stadt Witten erarbeitet. Die Stadt Witten unterstütze die Verwaltung bei der Einführung des DMS. Momentan befinde man sich in einer Pilotphase mit den Fachbereichen Finanzen und Zentrale Services. Sobald gesicherte Erkenntnisse vorlägen, werde auch ein konkreter Schulungsplan erstellt.

Herr Kick erkundigt sich, wie der Absatz 3 der Stellungnahme, der für ihn eine originäre Aufgabe der Personalführung beinhalte, zu verstehen sei.

Frau Rath gibt Herrn Kick Recht, dass dem so sei. Dennoch halte der Personalrat es für wichtig das Konzept mit Leben zu füllen und man habe die Verwaltung hier deutlich in die Pflicht nehmen wollen.

Herr Gießwein zeigt sich erfreut darüber, dass durch den Abschluss der Dienstvereinbarung die Anmerkungen der Stellungnahme teilweise überholt seien. Man müsse jetzt sehen, dass die Konzepte auch gelebt werden und sich damit die Stadt Schwelm zu einem noch attraktiveren Arbeitgeber entwickle.

Frau Grollmann ergänzt abschließend, dass die Pilotphase dazu diene Erfahrungen zu sammeln. Auch werde man nicht nur die Mitarbeiter*innen schulen, sondern auch

die Führungskräfte. So wolle man erreichen, dass die Angst vor der Veränderung genommen werde.

9 Stellenplan 2019 - Stellungnahme des Personalrates 132/2018/2

Frau Grollmann stellt übereinstimmend mit den Mitgliedern des Hauptausschusses fest, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits im vorangegangenen Tagesordnungspunkt behandelt worden sei.

10 1. Änderung des Stellenplans 2019 132/2018/3

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Heringhaus.

Frau Heringhaus erläutert, dass in der Vorlage 132/2018 der Wert von 3,56 auf 3,63 geändert werden müsse. Damit ergebe sich ein Stellenabbau von 0,66 Stellen im Vergleich zum Vorjahr.

Herr Flüshöh führt aus, dass man sich im Stärkungspakt befinde und trotz der glücklichen Situation, der Mehreinnahmen ein ausgeglichener Haushalt dargestellt werden müsse. Er verstehe es nicht, dass trotz eines in langen Diskussionen mit der Verwaltungsleitung gefundenen Verfahrens (Personalkostenbudget) jetzt wieder in Manier einer Salomitaktik Stellenanteile im Vergleich zur 1. Einbringung im September eingespielt werden. Die sei nicht die Vertrauensbasis, die sich die CDU Fraktion erhofft habe. Daher werde sie dieses Verfahren nicht mittragen.

Frau Grollmann unterstreicht, dass trotz zusätzlicher Stellen (Unterhaltsvorschuss, Wirtschaftsförderung, Stellen im offenen Ganztage) das Personalkostenbudget eingehalten worden sei. Sie verweist darauf, dass eine Stellenausweitung durch die Politik selbst über den Jugendhilfeausschuss initiiert worden sei. Man befinde sich jetzt in der gleichen Diskussion, die man auch ohne das Personalkostenbudget geführt habe.

Herr Schwunk merkt kritisch an, dass die Personalkosten und die Stellenanteile deutlich überproportional seien zu vergleichbaren Kommunen. Es habe sich nichts signifikant geändert, was weiter zu einer Belastung der Bürger*innen führen werde.

Frau Rath (Vorsitzende des Personalrates) entgegnet, dass man hier einerseits von der Belastung der Bürger*innen spreche, aber andererseits die Belastung der Mitarbeiter*innen außer Acht lasse. Die Verwaltung sei an einem Limit angekommen an dem nicht mehr sichergestellt sei, zufriedenstellende Leistungen für die Bürger*innen zu erbringen.

Herr Kick bezieht sich auf den Vergleich des Herrn Schwunk und betont, dass die Personalkosten nicht nur von den Einwohnerzahlen abhingen. Man müsse auch die erbrachten Leistungen betrachten.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass im Gegensatz zu anderen Kommunen die Stadt Schwelm den offenen Ganztage nicht ausgegliedert habe und darüber hinaus Schwelm über eine Berufsfeuerwehr verfüge. Im Übrigen gebe man der Politik jedes Jahr die Verfügung der Bezirksregierung zur Kenntnis, derer man entnehmen könne,

dass der Stadt Schwelm eine ambitionierte Senkung der Personalkosten bescheinigt werde.

Frau Grollmann weist auf die Vielzahl der zukünftig zu bewältigenden Projekte hin, wo man sich jetzt schon fragen müsse, wie das alles gesteuert gestemmt werden könne. Es gebe Überlastungsanzeigen und Krankheitsausfälle aus der Belegschaft, die immer mehr zu einem sozialen Unfrieden führen.

Herr Schwunk sieht es als Aufgabe der Verwaltung die Organisation derart zu gestalten, dass dem Unfrieden abgeholfen werden könne. Gelingen dies nicht, müsse die Politik in die Lage versetzt werden, steuernd einzugreifen, ohne die Personalkosten anzuheben.

Herr Feldmann gibt kund, dass er dem Stellenplan nicht zustimmen werde. Als Begründung führt er an, dass der Stellenplan aus seiner Sicht über zu wenig Stellen verfüge. Er erlebe die Mitarbeiter*innen als sehr ambitioniert und die Höhe der Überstunden spreche eine deutliche Sprache. Der Mensch sei hier keine Verfügungsmasse. Wenn man kein Haus Martfeld und keine Feuerwehr möchte, möge man dies bitte deutlich vor der nächsten Wahl äußern.

Herr Gießwein warnt davor vor einer chronisch überlasteten Verwaltung zu sprechen. Er erlebe dies nicht. Zudem verweist er darauf, dass die seinerzeitigen Überstundendiskussion gezeigt habe, dass die Summe der Überstunden zwei Stellen entsprechen würde. Die Aussage der Verwaltung sei gewesen, dass man kein zusätzliches Personal brauche.

Damit schließt sich die Diskussion und Frau Grollmann ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, der 1. Änderung des Stellenplans im Rahmen der Haushaltsverabschiedung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	10
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	5

11 Brandschutzbedarfsplan

198/2018

Frau Grollmann erläutert, dass am 15. November 2018 eine Begehung der Feuerwache stattgefunden habe. Sie werde dazu mehr im nichtöffentlichen Teil erläutern.

Der Hauptausschuss nimmt die vorliegende Vorlage zur Kenntnis

12 Bebauungsplan Nr. 105 "Gewerbegebiet Milsper 015/2018/3
Straße"
- Fraktionsantrag der FDP vom 22.02.2018 -

Die Vorlage 015/2018/3 wird auf Antrag der FDP Fraktion in den Sitzungszug Februar 2019 vertagt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

13 Verbesserung der Sauberkeit und Stadtbildpflege in 202/2018
Schwelm
Antrag der Fraktionen vom 04.11.2018

Herr Stutzenberger weist darauf hin, dass es bei dem Konzept zur Reinhaltung der Stadt nicht nur um Maßnahmen gehe, sondern auch darum, die Bürger*innen mitzunehmen und zu informieren. Dies fehle ihm in dem Konzept.

Herr Schwunk stimmt dem inhaltlich zu. Es sei nicht vordergründig, wie viel Geld man in die Hand nehme, wenn die Bürgerschaft nicht mitgenommen werde.

Herr Feldmann betont, dass die Stadtverwaltung die Hauseigentümer*innen und Betreiber*innen an die zum Beispiel bestehende Kehrpflicht aufmerksam machen müsse.

Herr Rüttershoff regt an eine Seite in den Abfallkalender zu integrieren, wo man darauf hinweise.

Beschluss:

1. Im Haushalt der Stadt Schwelm werden für das Jahr 2019 – sowie zunächst für die Folgejahre 2020 und 2021 – 100.000 € jährlich zur Intensivierung von Maßnahmen zur Sauberkeit und Stadtbildpflege in der Stadt Schwelm bereit gestellt.

2. Die „Technischen Betriebe der Stadt Schwelm“ (TBS) werden beauftragt, zur Umsetzung der Maßnahmen ein Konzept zu erarbeiten (u.a., Katalog präventiver Maßnahmen, Investitionen, Umfang zusätzlicher personeller Kapazitäten, Aufgaben- und Einsatzschwerpunkte, räumlicher Einsatzbereich).

3. Das Konzept der TBS wird den zuständigen Ausschüssen und dem Rat der Stadt Schwelm zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Der Beginn der Maßnahmen zur Sauberkeit und Stadtbildpflege sollte für das 2. Quartal 2019 angestrebt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

14 Antrag der CDU-Fraktion "Optionale 'Gelbe Tonne' 208/2018
für Schwelm" vom 01.11.2018

Nach Eröffnung des Tagesordnungspunktes erteilt Frau Grollmann dem Antragsteller das Wort.

Herr Flühöh berichtet, dass ein Angebot der Firma AHE gebe über die Einführung einer gelben Tonne zu reden, wenn seitens des Rates und der Verwaltung eine Willensbekundung erfolge. Durch diese Willensbekundung sei eine frühere Einführung möglich.

Herr Kick stimmt im Namen der SPD Fraktion dem Antrag inhaltlich zu. Der Vorschlag sei bereits von allen Fraktionen im Verwaltungsrat der Technischen Betriebe übereinstimmend beraten worden.

Herr Flühöh glaubt, dass es sinnvoll sei, wenn die Politik ihre Vorstellungen offen mache um erst danach in die Vertragsverhandlungen einzusteigen.

Herr Philipp gibt zu bedenken, dass man die Sache aus unterschiedlichen Richtungen denken kann. Seine Fraktion werde ihre Vorstellungen nicht nach außen tragen, um die Verhandlungsposition nicht zu schwächen.

Herr Feldmann fragt, wer die Kosten der „gelben Tonne“ übernehme. Sei hierfür das duale System, die Stadt oder die Bürgerschaft der Kostenträger? Wie verhalte es sich weiter mit der Abholung? Aus seiner Sicht müsse die Verpackung dorthin zurück, wo sie herkam.

Herr Schweinsberg schlägt vor, die Vorlage in den Verwaltungsrat der Technischen Betriebe einzuspielen. Danach werde die TBS ein Konzept erarbeiten und auch die Kostenträgerschaft klären.

Herr Dr. Bockelmann führt aus, dass das Duale System eigentlich so funktioniere, dass derjenige zahle, der die Verpackung in den Verkehr bringe. Es sei die Frage zu stellen an welchem Punkt welche Wertschöpfung gemacht werde. Er sehe als neuen Weg nur ein neues Verpackungsgesetz. Bis jetzt gehe er davon aus, dass alle dafür zahlen müssen.

Herr Feldmann spricht sich für die Einführung der „gelben Tonne“ aus.

Herr Dr. Bockelmann sieht darin nicht die Lösung des Problems. Für ihn sei die Wahlmöglichkeit die bessere Lösung, wo jeder entscheiden könne, was für ihn am Besten sei.

Beschluss:

1. Die Verwaltung und/oder der Vorstand der TBS AÖR wird/werden beauftragt, in Abstimmung mit der Kreisverwaltung, wenn notwendig mit den anderen kreisangehörigen Städten des Ennepe- Ruhr-Kreises und ggf. in Abstimmung mit der für die Sammlung beauftragten Firma AHE die optionale Einführung einer Gelben Tonne zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu überprüfen.

Ziel soll es sein, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt die Wahlmöglichkeit zu eröffnen, ob Sie weiterhin die gelben Säcke in Anspruch nehmen oder ihren Verpackungsmüll künftig in einer gelben Tonne entsorgen.

2. Die Verwaltung und/oder der Vorstand der TBS AÖR wird/werden beauftragt, die Vor- und Nachteile einer optionalen Einführung bis zum Ende des ersten Quartals

2019 zusammenzustellen und dem Rat und seinen Gremien sowie dem Verwaltungsrat der TBS AÖR zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

15 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2018 "Verleihung 175/2018/1 des 'Heimatpreises' durch die Stadt Schwelm"

Vor Eintritt in die Beratung zeigt sich Herr Gießwein irritiert darüber, warum der Ergänzungsantrag seiner Fraktion nicht im gleichen Tagesordnungspunkt behandelt werde. Ein eigener Tagesordnungspunkt sei nicht Wille seiner Fraktion.

Frau Sartor führt aus, dass sehr deutlich im Kulturausschuss diskutiert worden sei, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN kein Ergänzungsantrag sein könne. Herr Weidenfeld habe den Antrag wieder in die Fraktionen mit zurücknehmen wollen. Zusätzlich habe Frau Sartor eine Behandlung im KAMS oder Sozialausschuss vorgeschlagen. Dies sei auf Ablehnung des Herrn Weidenfeld gestoßen.

Herr Gießwein sagt, dass kein Ausschuss darüber beschließen könne, was ein Ergänzungsantrag sei oder nicht. Er habe einen deutlich weiteren Heimatbegriff und für ihn seien auch Menschen, die helfen, andere Menschen zu integrieren seine Heimat. Und daher sei der Antrag seiner Fraktion als Ergänzungsantrag zu sehen.

Herr Flühshoh stellt heraus, dass wenn der Antrag seiner Fraktion um den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE Grünen erweitert werde, man aus der Förderung des Landes NRW herausfalle. Ziel seiner Fraktion sei es, den Haushalt nicht zu belasten. Eine „Vermischung“ beider Anträge führe genau zum Gegenteil.

Frau Dr. Hortolani ergänzt, dass man sich darüber einig gewesen sei, dass der Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN nochmals genauer definiert werden solle. Inhaltlich habe man dem Stimmungsbild im Kulturausschuss entnehmen können, dass der Ansatz des Integrationspreises verfolgt werden solle.

Herr Feldmann bewertet eine Diskussion über Integration als schwierig. Wer gehöre dazu, wer nicht? Für ihn sei Heimat dort, wo er gut leben könne.

Herr Gießwein erläutert weiter, dass seine Fraktion bewusst keine Summe genannt habe, um eben Menschen nicht auszuschließen. Es sei auch möglich, die Mittel in Höhe von 5.000 € dem Haushalt zu entnehmen und so einer Ausgrenzung vorzubeugen. Sollte der Ausschuss mehrheitlich ablehnen, werde seine Fraktion einen Antrag zum Haushalt in gleicher Höhe stellen.

Herr Schier sieht für sich den Heimatbegriff in der Weise, dass Heimat die Menschen seien, die verbinden. Dies schließe Integrationsarbeit nicht aus. Er gibt zu bedenken, dass Institutionen mit beiden Preisen bedacht werden könnten, sofern beide Preise ausgelobt werden.

Herr Schwunk stimmt Herrn Schier zu, einen einheitlichen Preis zu verleihen.

Herr Müller findet die Diskussion gefährlich, wenn man damit argumentiere, dass Preise ausgezahlt werden sollen, um niemanden zu benachteiligen.

Für Herrn Philipp zeichne sich eine Gemeinsamkeit in den Standpunkten ab. Er beurteilt die Situation als schwierig, wenn man beide Preise nebeneinander stelle. Jede Förderung habe ihren Ursprung in Steuergeldern. Daher begrüße er es, wenn man sich auf einen Preis einigen könne.

Herr Gießwein bemerkt abschließend, dass er merke, dass die Mehrheit keinen gemeinsamen Preis wolle. Für ihn gehe es darum, was Politik als Rat der Stadt Schwelm verleihen wolle. Sein Heimatbegriff sei ein anderer. Daher könne er letztendlich als Rat nicht zustimmen.

Frau Grollmann bittet um Abstimmung..

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm beschließt:

1. Die Stadt Schwelm verleiht im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ab dem Jahr 2019 jährlich einen Heimatpreis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land Nordrhein-Westfalen (Bezirksregierung Arnsberg)
 - a. einen Antrag auf Förderung in Höhe von 5.000 € für das Jahr 2019 und
 - b. sofern vom Land ausgelobt und im Rahmen der Haushaltsmittel verfügbar jeweils für die Folgejahre entsprechend weitere Anträge zu stellen.
3. Als Preiskriterien werden die in der Begründung aufgeführten drei Punkte zugrunde gelegt. Die jeweiligen Preisträger werden jährlich auf Vorschlag der Verwaltung vom Ältestenrat bestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	13
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	3

16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Schwelm 194/2018 vom 25.10.2018 zur "Verleihung des 'Integrationspreises' Schwelm als Ergänzung zur Verleihung des 'Heimatpreises' Schwelm

Es herrscht Einvernehmen darüber, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits im vorangegangenen Tagesordnungspunkt mit behandelt worden sei. Frau Grollmann ruft daher direkt zur Abstimmung auf.

Beschluss:

1. Die Stadt Schwelm verleiht im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ab dem Jahr 2019 jährlich neben dem von der CDU beantragten Heimatpreis einen Integrationspreis Schwelm.
2. Als Preiskriterien werden die in der unten stehenden Begründung aufgeführten drei Punkte zugrunde gelegt. Die jeweiligen Preisträger werden jährlich auf Vorschlag der Verwaltung vom Ältestenrat bestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	8

17 Antrag der SWG/BfS-Fraktion "Zuschuss für den Trägerverein Schwelmebad e.V." vom 14.06.2018 131/2018

Herr Flüshöh zeigt an, dass sich seine Fraktion enthalten werde, da erst am heutigen Tag eine Mail weitergeleitet worden sei, die erst in der Fraktion beraten werden müsse.

Herr Flüshöh führt weiter sehr emotional aus, dass die Politik immer den Trägerverein unterstützt habe. Es seien auch immer wieder Gelder geflossen, wenn eigentlich keine Gelder zur Verfügung gestanden haben. Es handele sich hier um Steuergelder und es müsse Politik möglich sein einen Blick darauf werfen zu können, wofür diese Gelder verwendet werden. Er selbst habe des Öfteren den 1. Vorsitzenden in der Öffentlichkeit zur Seite gestanden. Es könne nicht angehen, dass man hierfür in aller Öffentlichkeit beschimpft werde. Es sei nicht richtig, dass dem Förderverein die Versäumnisse der letzten 20 Jahre alleinig übertragen werden. Politik habe immer signalisiert, dass man unterstütze und dies auch gegebenenfalls mit höheren Summen.

Herr Philipp betrachtet es von der Sache her als sinnvoll, dass das Bad weiter betrieben werden könne. Hierfür sei eine vertragliche Basis notwendig, welche konkrete Verantwortlichkeiten benenne.

Herr Schweinsberg konkretisiert, dass es zwei Verträge gebe. Einmal den Förder- und einmal den Pachtvertrag, die sehr klare und logische aufeinander aufbauende Regelungen enthielten. Diese Verträge seien nur von einer Seite nicht erfüllt worden.

Frau Grollmann sagt, dass der Umgang miteinander immer von Achtsamkeit geprägt gewesen sei und man mit dem Vertragspartner verlässlich habe zusammenarbeiten können.

Herr Dr. Bockelmann appelliert an den Hauptausschuss, sich Gedanken zu machen, wie es zukünftig weitergehe.

Herr Schwunk pflichtet dem bei und ergänzt, dass es sich hier um eine Einrichtung handele, die 36 Jahre alt sei und das damit die in Rede gebrachten Versäumnisse gemeint seien.

Herr Schweinsberg berichtet, dass er sich in den letzten Wochen intensiv mit dem Thema beschäftigt habe. Der Trägerverein sehe Ungereimtheiten in den Verträgen. Diese sehe die Verwaltung nicht. Daher müsse der Trägerverein auf die Verwaltung zukommen.

Herr Flüshöh macht nochmals deutlich, dass es hier um einen respektvollen Umgang zwischen den Vertragspartnern gehe, den er nicht mehr gewahrt sehe. Er gebe es jetzt in seine Fraktion und lasse den Rat die letzte Entscheidung treffen.

Herr Stutzenberger stellt fest, dass der Trägerverein seinen Mitgliedern zur Transparenz verpflichtet sei. Somit habe die Stadt als Förderer ein Recht darauf. Er verstehe nicht, dass Herr Siepmann sich dagegen sperre. Seine Fraktion werde zustimmen.

Herr Gießwein schließt sich seinen Vorrednern an und stellt ebenfalls fest, dass er schon lange einen ordentlichen Umgang miteinander vermissen lasse. Von anderen geförderten Vereinen werden Verwendungsnachweise verlangt, die der Trägerverein einfach nicht beibringe. Es sei jetzt Sache des Trägervereins etwas Belastbares vorzulegen. Herr Gießwein vertagt ebenfalls die Entscheidung zunächst in seine Fraktion.

Herr Dr. Bockelmann bittet die Verwaltung um Zusendung der betreffenden Verträge mit Kenntlichmachung der Ungereimtheiten. Weiter stelle er sich die Frage, ob die Stadt nicht Mitglied im Trägerverein werden und darüber die Transparenz verlangen könne.

Es erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

1. Ab dem Haushaltsjahr 2019ff. wird der jährliche an den Trägerverein Schwelmebad e.V. gerichtete Zuschuss wieder auf 50 T€/a (in Worten: fünfzigtausend Euro pro Jahr) erhöht.
2. Darüber hinaus wird der Pachtvertrag zur Anpassung neu und ergänzend mit dem Ziel, ungeregelte Sachverhalte für beide Seiten einvernehmlich zu regeln, verhandelt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	10
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	7

**18 Antrag der FDP-Fraktion "Trägerverein" vom
28.10.2018**

204/2018

Frau Grollmann eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt dem Antragsteller das Wort.

Herr Schwunk erläutert, dass aus Sicht seiner Fraktion ein Betrieb des Freibades ohne ein Kinderbecken nicht möglich sei. Er sehe die Möglichkeit, dass die Stadt ohne den Trägerverein das Becken sanieren und damit den Betrieb sicherstellen könne.

Herr Feldmann erinnert sich, dass es schwierig sei, spezielle Unternehmen zu finden und erwarte zunächst einen Kostenvoranschlag.

Herr Stutzenberger sieht derzeit keine absolute Dringlichkeit und warte daher zunächst auf mehr Transparenz.

Herr Flühöh gibt Herrn Schwunk in der Sache recht, verweist aber darauf, dass bereits ein höheres Budget zur Verfügung gestellt wurde.

Frau Dr. Hortolani stellt fest, dass der Antrag vor dem Sommer in Erwartung eines schlechten Sommers gestellt worden sei. Jetzt habe sich aber der Sommer als ein „Supersommer“ erweisen. Sie schlägt vor bis zum Liegenschaftsausschuss abzuwarten, welche Mittel konkret notwendig seien.

Herr Schweinsberg stellt in Absprache mit der Kämmerin die Möglichkeit einer Haushaltsüberschreitung in Aussicht.

Es schließt sich eine Diskussion darüber an, ob die Mittel nicht dieses Jahr noch zur Verfügung gestellt werden könnten. Hier fehle es aber einzelnen Fraktionen an konkreten Kostenvorschlägen und es sei fraglich, ob man in der Kürze der Zeit ein qualifiziertes Unternehmen beauftragen könne.

Abschließend wehrte sich Herr Flühöh dagegen, dass unterschwellig der Eindruck entstehe, dass wenn die Politik nicht tätig wird, das Bad zumachen müsse. Dem sei nicht so. Der Teppich sei ausgerollt und es sei an der anderen Seite, Bewegung in der Sache zu signalisieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Frau Grollmann um Abstimmung.

Beschluss:

Zum Erhalt des Kinderbeckens im Freibad erhält der Trägerverein noch im Jahre 2018 einen Zuschuss von 20.000 €. Die Deckung in Höhe von 10.000 € erfolgt durch die nicht verausgabten Mittel aus dem Bürgerbudget.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	3
	dagegen:	13
	Enthaltungen:	1

**19 Antrag der FDP-Fraktion "Bürgerbudget" vom
28.10.2018 (Eingang des Antrags: 04.11.2018)**

205/2018

Frau Grollmann macht mit Eröffnung des Tagespunktes deutlich, dass es bei dem Bürgerbudget eine Möglichkeit zur Beratung und Abstimmung geben müsse.

Für die Verwaltung schlägt Herr Schweinsberg vor einen Sperrvermerk zugunsten des Hauptausschusses zu setzen.

Herr Flüshöh fordert die antragstellende Fraktion auf einen Vorschlag zu unterbreiten, wie mit dem Bürgerbudget zu verfahren sei.

Herr Schwunk führt aus, dass dies konkret im Antrag beschrieben sei. Gleichzeitig sei es sein Rat und Vorschlag die Thematik des Bürgerbudgets auch im Stadtentwicklungsprozess zu kommunizieren.

Die Mitglieder des Hauptausschusses sind sich einvernehmlich darüber einig, dass die Federführung der Erarbeitung eines Konzeptes bei der antragstellenden Fraktion liege.

Beschluss:

Die Haushaltsansätze für das Bürgerbudget werden im Jahr 2019 fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

- | | | |
|-----------|---|-----------------|
| 20 | Aufstellung des Regionalplans Ruhr | 182/2018 |
| | 1. Bericht über die relevanten Änderungen für die Stadt Schwelm zur Kenntnis | |
| | 2. Beschluss über die Stellungnahme der Stadt Schwelm zur Vorlage beim RVR | |

Herr Schwunk bringt zum Ausdruck, dass er den Regionalplan für die Stadt Schwelm für unzumutbar halte. Er bezweifelt, dass die Stadt Schwelm über 20 ha an freien Gewerbeflächen verfüge. Aus seiner Sicht werde in dem Regionalplan auch keine Potentialentwicklung aufgezeigt, die er mit einer soliden Regionalplanung verbinde.

Herr Gießwein regt eine getrennte Beschlussfassung über die einzelnen Punkte an. Er schlägt vor, Punkt 1 zur Kenntnis zu nehmen und die Punkte 2 und 3 zu vertagen.

Die Herren Flüshöh und Schier folgen der Auffassung des Herrn Gießwein.

Frau Grollmann ruft zur getrennten Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages auf.

Nach der Abstimmung erfolgt der Hinweis, dass der Regionalplan in den Räumlichkeiten des Fachbereich Planen & Bauen zur Einsichtnahme ausliegt.

Beschluss:

1. Kenntnisnahme des Berichts (Teil 1 dieser Vorlage) über die geplanten und für die Stadt Schwelm relevanten Änderungen des Regionalplans.
2. Beschluss der erarbeiteten Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 5) zur Vorlage

beim Regionalverband Ruhr (RVR) im Rahmen der Beteiligung der öffentlichen Stellen gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) NRW zur Neuaufstellung des Regionalplanes.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die zuvor beschlossene Stellungnahme dem RVR vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
Punkt 1	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	

Punkt 2: Vertagung in den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung

Punkt 3: Vertagung in den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung

21 Zukunft des Gebäudes der ehem. Gustav-Heinemann-Schule

083/2018

Vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt schlägt Frau Grollmann vor die Tagesordnungspunkte A 21 und A 22 gemeinsam zu beraten.

Frau Grollmann berichtet, dass es zu dem Sachverhalt ein gutes Gespräch mit der Kreisverwaltung gegeben habe, was bereits dem Finanzausschuss zur Kenntnis gegeben wurde. Es gebe noch keine offizielle Entscheidung, da die abschließenden Gremien des Kreistages noch tagen müssen.

Herr Flüshöh ergänzt, dass es unterschiedliche Modelle und Abwägungen über die Nutzung gebe. Er beantragt eine Vertagung in den nächsten Schulausschuss. Gleichzeitig beantragt er eine Sitzung des Schulausschusses für Januar 2019.

Frau Grollmann bittet um Abstimmung über den Vertagungsantrag in Verbindung mit einer Sitzung des Schulausschusses im Januar 2019.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

22 Gebäude ehemalige Gustav-Heinemann-Schule

193/2018

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt A 21 beraten und in die nächste Sitzung des Schulausschusses im Januar 2019 vertagt.

23 Haushalt 2019

Frau Kämmerin Mollenkott teilt mit, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Unterlagen zum Haushalt gebe, da erst die Beschlussfassung des Hauptausschusses abgewartet werden solle.

Sie bestätigt, dass die 3. Änderungsliste rechtzeitig zu den Fraktionssitzungen vorliegen werde.

24 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Stutzenberger fragt, ob das Hallenbad am 27.11.2018 wiedereröffnet werde. Die Verwaltung bestätigt das.

Herr Philipp führt aus, dass er angekündigt habe, etwas zum Winterdienst nachzufragen. Da noch kein Winterdienst erfolgt sei, erübrige sich seine Nachfrage bis zum heutigen Zeitpunkt.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 18 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 22.01.2019	Schriftführerin gez. Liebscher	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
----------------------------	--------------------------------------	--